



Rede 1. Mai 2018, Rheinfelden
Corinne Schärer, Mitglied Geschäftsleitung Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Vor 100 Jahren streikten Textilarbeiterinnen in den USA für Brot und Rosen: Brot für gerechten Lohn, Rosen für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. 100 Jahre später verdienen Frauen in der Schweiz immer noch deutlich weniger als Männer. Darum fordern wir heute Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Wir stehen heute in der ganzen Schweiz dafür ein, dass die Frauen endlich den Lohn erhalten, der ihnen zusteht. Seit 37 Jahren steht die Lohngleichheit in der Verfassung, seit 22 Jahren verlangt das Gleichstellungsgesetz von den Arbeitgebern, dass sie die Lohngleichheit in den Betrieben umsetzen. Und was müssen wir nach 37 Jahren Verfassung und 22 Jahren Gesetz feststellen? Jahr für Jahr belegen die Zahlen, dass die Arbeitgeber das Gesetz nicht einhalten. Frauen verdienen für die gleiche oder für gleichwertige Arbeit nicht gleich viel. Die Folge davon: Jeden Monat werden die Frauen im Durchschnitt um fast 600 Franken geprellt. Ein absoluter Skandal, ein Skandal, der nun endlich aufhören muss! Und zwar sofort!

Wir haben schon längst genug lange gewartet! Denn wir kennen die Geschichte: Immer, wenn es um Gleichstellung und Frauenrechte geht, dauert es in der Schweiz ewig: rund 100 Jahre beim Frauenstimmrecht, 60 Jahre bei der Mutterschaftsversicherung und nun schon 37 Jahre bei der Lohngleichheit. Diese systematische Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und in der Politik ist absolut inakzeptabel und dürfen wir nicht tolerieren!

Darum haben die Gewerkschaftsfrauen an ihrem Frauenkongress vor fünf Jahren gefordert, dass das Gleichstellungsgesetz verschärft werden muss, damit die Lohngleichheit nicht toter Buchstabe bleibt. Die Arbeitgeber müssen zur Verantwortung gezogen werden, denn sie sind gemäss Gesetz verpflichtet, die Lohngleichheit einzuhalten. Darum haben wir zwei Änderungen gefordert: erstens regelmässige Kontrollen – sprich Überprüfungen der Löhne – und zweitens Sanktionen, wenn die Lohngleichheit nicht eingehalten ist. Ja ihr habt recht gehört: Heute ist es so, dass nichts geschieht, wenn die Lohngleichheit nicht eingehalten ist, einfach nichts. Das ist, wie wenn ich bei Rot über die Ampel fahren würde und nachher keine Busse erhalten würde. So etwas würde niemandem einfallen, alle würden protestieren. Bei Lohnungleichheit und den Frauen aber ist das ganz offensichtlich kein Problem. So geht das nicht! Wir protestieren, lautstark heute: Arbeitgeber, die die Frauen um ihr Recht und ihren Lohn prellen, müssen eine saftige Busse kassieren. Wer den Frauen nicht den Lohn bezahlen will, der ihnen zusteht, soll dafür bezahlen!

Vier Jahre nach dem Frauenkongress, an dem die Gewerkschaftsfrauen eine Revision gefordert hatten, kam diese letztes Jahr endlich ins Parlament. Die Vorlage war bereits massiv schwächer als gefordert: Bussen waren nicht vorgesehen und die Resultate der Lohnüberprüfungen müssen nicht

offengelegt werden. So wissen die Frauen nicht, ob sie diskriminiert werden und ob ihr Lohn angepasst werden müsste. Das war ein erneuter Affront gegenüber den Frauen. Der Schlag ins Gesicht der Frauen kam dann Ende Februar in diesem Jahr: Der Ständerat wies diesen schwachen Gesetzesentwurf sogar noch zurück an die vorberatende Kommission mit dem Auftrag, einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Unternehmen sollen selber deklarieren können, ob sie die Lohngleichheit einhalten oder nicht.

Das ist der Gipfel: Nach 37 Jahren Freiwilligkeit soll im Gesetz wieder die Freiwilligkeit festgelegt werden. Also die Freiwilligkeit, die dazu geführt hat, dass die Lohngleichheit eben nicht eingehalten ist. Eine Ungeheuerlichkeit! Offenbar denken die Arbeitgeber und ihre Handlanger in der Politik, dass sie die Frauen immer und immer wieder bescheissen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Arroganz und dieses Machtgehabe der Herren Arbeitgeber und Politiker, mit der sie über die Frauen und ihr Schicksal bestimmen wollen, lassen wir uns nicht bieten, das muss jetzt einfach aufhören. Punkt. Schluss!

Und wir machen Druck: Am 22. September gehen wir alle – Frauen und Männer – nach Bern an die grosse Demo für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung, die in einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Frauennetzwerken sowie Parteien organisiert wird. Und wenn das Parlament nicht Nägel mit Köpfen macht, sind wir auch fest entschlossen, eine Initiative zu lancieren und wieder auf die Strasse zu gehen – so lange, bis wir zu unserem Recht kommen: Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Der aktuelle Kampf für die Lohngleichheit ist eine Auseinandersetzung von grösster Wichtigkeit. Es ist ein entscheidender Kampf für die Frauenrechte und für die Rechte der Arbeitnehmenden. Es ist ein entscheidender Kampf für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der alle, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, gleich behandelt werden und die gleichen Chancen haben.

Es ist heute mehr denn je wichtig, dass wir zusammen kämpfen. Zurzeit findet ein Angriff der Rechten auf die Personenfreizügigkeit und die Flankierenden Massnahmen statt. Das ist ein Frontalangriff auf den Schweizer Lohn- und Arbeitnehmendenschutz. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz wären verheerend. Lohndruck, prekäre Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen sowie der Verlust von Arbeitsplätzen wären die Folge. Die Flankierenden Massnahmen wurden eingeführt, damit in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden. Pro Jahr werden mittlerweile über 160'000 Lohnkontrollen gemacht. Wo kontrolliert wird, werden auch Missbräuche aufgedeckt. In Branchen mit Mindestlöhnen erhalten Firmen mit zu tiefen Löhnen eine Busse oder werden gesperrt. Dank neuen GAV, z.B. in der Reinigung oder für Temporäre, sind wesentlich mehr Arbeitnehmende gegen Dumping geschützt. Und dank den GAV sind die tiefen und mittleren Löhne gestiegen.

Wer dies alles aufs Spiel setzt, verursacht Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Er fördert so die Lohndrücker und Ausbeuter unter den Arbeitgebern. Genau diese haben vom früheren, unmenschlichen Saisonierstatut und Kontingentssystem profitiert. Ein solches System, das auch den korrekten Firmen schadet, will niemand mehr.

Was es heute braucht, ist mehr Schutz der Arbeitnehmenden, insbesondere mehr Schutz bei der Gesundheit und mehr Schutz vor immer mehr Stress. An Gewerkschaftsversammlungen höre ich viele Berichte der Leute und ich höre, dass hier der Schuh besonders drückt. Studien und Umfragen zeigen: Weit über die Hälfte der Arbeitnehmenden steht bei der Arbeit oft oder immer unter Stress. Viele fühlen sich unmotiviert, ausgelaugt, nervös und gereizt oder körperlich angeschlagen. Gründe

sind Zeit- und Leistungsdruck, überlange Arbeitstage, Arbeiten in der Freizeit und die ständige Erreichbarkeit. Arbeit und Freizeit greifen immer mehr ineinander und können nicht mehr abgegrenzt werden. Das macht die Menschen krank. Das Arbeitsgesetz ist ein notwendiger – und häufig der einzige – Schutz gegen das Arbeiten rund um die Uhr, gegen zerstückelte Einsätze und ständige Erreichbarkeit, Stress und Burn-out. Geregelter Arbeitszeiten und die Zeiterfassung sind das wirksamste Mittel gegen Überlastung am Arbeitsplatz. Die Angestellten brauchen ein Arbeitsgesetz, das Schutz vor Missbrauch bietet.

Doch die Arbeitgeber in ihre Vertreter/innen im bürgerlichen Lager im Parlament blasen zum grössten Angriff auf das Arbeitsgesetz, seit dieses im 19. Jahrhundert geschaffen wurde. Insbesondere die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung wollen sie aushebeln und die Arbeitszeiten auf 50 Stunden pro Woche erhöhen. Wird die Arbeitszeit nicht mehr erfasst und gelten keine Höchstarbeitszeiten mehr, leidet nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv. Und wenn Arbeitnehmende mehr als 50 Stunden pro Woche verfügbar sein müssen, stellt das Personen mit Familienpflichten vor riesengrosse Probleme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir verhindern! Wir müssen leider mit dem Schlimmsten rechnen und wahrscheinlich das Referendum gegen diese Demontage des Arbeitsgesetzes ergreifen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammen werden wir das schaffen! Stehen wir zusammen und setzen wir unsere ganze Kraft und Solidarität ein, dann werden wir gemeinsam den Angriff auf das Arbeitsgesetz abwehren. So wie wir das bereits vor zwanzig Jahren erfolgreich getan haben.

2018 feiern wir den Tag der Arbeit zum 128. Mal. Das verpflichtet dazu, zurück zu blicken. Wir können das mit Stolz tun. Denn wir haben in dieser langen Zeit viel erreicht. 1891 betrug die übliche Arbeitszeit an die 60 Stunden pro Woche. Bei Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall usw. gab es kein Ersatzeinkommen. Wir haben die Sozialversicherungen erkämpft, wir haben die Arbeitszeiten verkürzt, wir haben Ferien durchgedrückt. Dennoch sind wir immer noch weit entfernt von umfassender sozialer Gerechtigkeit. Kommt dazu, dass seit einigen Jahren unsere Errungenschaften massiv attackiert werden.

Wir lassen nicht in wenigen Jahren zerstören, was fünf Generationen zuvor aufgebaut haben. Wir wollen das Erreichte nicht nur bewahren. Wir wollen es auch weiterentwickeln. Es geht auch um den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und um internationale Solidarität. Herkunft und Nationalität dürfen nicht Barrieren sein, welche die Entwicklung der Menschen einschränken oder gar vorbestimmen.

Ich möchte euch in Erinnerung rufen, dass auch wir unsere Hilfswerke und Solidaritätsorganisationen haben. Ich empfehle euch «Solidar Suisse», das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, und «Solifonds», den Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt. Das sind unsere Organisationen. Sie leisten effiziente Hilfe, sie praktizieren internationale Solidarität – und wir bitten euch dringend, sie zu unterstützen.

Ja, wir wissen: Die Welt brennt an vielen Orten. Gewerkschafter/innen werden auf allen Kontinenten verfolgt. Und immer noch spielen Fanatiker die ethnische Karte. Erdogan z.B., schon mehr Diktator als Präsident, will die Kurden aus Nordsyrien vertreiben. In seiner Gleichschaltungs- und Säuberungsmanie schreckt er selbst vor Krieg und Vernichtung nicht zurück. Das ist inakzeptabel!

Wir rufen deshalb die offizielle Schweiz dazu auf, die mit der Türkei verhandelte Erweiterung des bisherigen Handelsabkommens umgehend zu sistieren. Das Erdogan-Regime tritt im eigenen Land

Menschen- und Arbeitnehmer/innenrechte mit Füßen und führt in Nordsyrien einen völkerrechtswidrigen Krieg. Darunter leidet niemand stärker als die kurdische Zivilbevölkerung. Die Verhandlungen zur Erweiterung des Handelsabkommens dürfen daher erst nach einer substantiellen Verbesserung der menschenrechtlichen Lage wieder aufgenommen werden.

Gemeinsam kämpfen, sich solidarisch in den Betrieben und auf der Strasse wehren und wenn nötig auch streiken, das hat in der Schweiz eine lange Tradition. 1918 schrieben die Arbeitnehmenden in der Schweiz Geschichte: 250'000 Arbeiter/innen schlossen sich am Landesstreik zusammen und legten ihre Arbeit nieder. Die Streikenden forderten unter anderem das Frauenstimmrecht, die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung sowie eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden. Forderungen, die bis heute nachwirken.

Ohne den Mut und Willen der Menschen vor 100 Jahren, wären wir heute vielleicht nicht da, wo wir sind. Der Landesstreik war eine eminent wichtige und folgenreiche Massenstreikbewegung der Schweizer Geschichte. Der Landesstreik war Ausgangspunkt für weitreichende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen – und darum rufen wir dieses Jahr mit verschiedenen Veranstaltungen den Landesstreik in Erinnerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 1. Mai ist unser Tag, wir stehen ein und kämpfen zusammen für eine gerechtere und sozialere Welt und heute besonders auch für Lohngleichheit. Punkt. Schluss! Gemeinsam werden wir dies erreichen. Gäbe es uns nicht, sähe die Welt anders aus: unsozialer, ärmer und unsolidarischer! Ich danke euch für euer tägliches Engagement und freue mich auf weitere gemeinsame Kämpfe!

Uniti siamo forti! Herzlichen Dank!